

Niederschrift

über die 47. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 10.04.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Bürgermeister Bürgermeister Christian Gauf

<u>Stadtvorstan</u>d

Beigeordneter Henno

Pirmann

Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar

Anne Bauer

Gerhard Burkei

Evelyne Cleemann

Pascal Dahler

Judith Dahlhauser

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein

Dr. Christoph Gensch

Thorsten Gries ab 17.03 Uhr

Andreas Hüther

Ingrid Kaiser

Annegret Kirchner

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin ab 17.16 Uhr, TOP 1.3 (alt 7.3)

Maren Müller

Volker Neubert

Matthias Nunold

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl bis 19.15 Uhr, TOP I/9

Christina Rauch

Josef Reich bis 19.51 Uhr, TOP I/10 Walter Rimbrecht bis 19.03 Uhr, TOP I/8

Achim Ruf

Gertrud Schanne-Raab

Sabine Schmidt-Wilhelm

Bernhard Schneider

Dirk Schneider

Peter Schönborn

Dr. Ulrich Schüler

Elke Streuber

Pervin Taze bis 19.32 Uhr, TOP I/9

Protokollführung

Natascha Weick

von der Verwaltung

Werner Boßlet

Heinz Braun

Werner Brennemann

Dr. Annegret Bucher

Alessa Buchmann

Benedikt Burkey

Thomas Deller

Dr. Julian Dormann

Tim Edinger

Ferdinand Emser

Jörg Eschmann

Martin Gries

Steffen Mannschatz

Christian Michels

Jörg Müller

Thorsten Schuhmacher

Sebastian Sokol

Christian Spohn

<u>Gäste</u>

Thomas Körner Ortsvorsteher Wattweiler Isolde Seibert Ortsvorsteherin Rimschweiler

Abwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Marold Wosnitza

Ratsmitglieder

Hedi Danner

Maria Goos-Hoefer

Gerhard Hemmer

Dr. Wolfgang Ohler

Gertrud Schiller

Gabriele Vogelgesang

Manfred Weber

Tagesordnung

1 Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken

Vorlage: 10/1408/2019

Anderung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfsund Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr

Vorlage: 32/1384/2019

3 Schulangelegenheit:

Antrag der Canadaschule auf Errichtung einer Ganztagsschule in Angebotsform Vorlage: 40/1368/2019

4 Gemeinsamer Schulentwicklungsplan der Städte Pirmasens und Zweibrücken und des Landkreises Südwestpfalz

Vorlage: 40/1367/2019/1

- 5 Einrichtung eines Arbeitskreises "Umsetzung der Digitalisierungsoffensive" Vorlage: 40/1413/2019
- Rückübertragung der Wahrnehmung der Aufgaben gem. §§ 28, 29 SGB II (Bildungs- und Teilhabepaket exklusive Schulbedarf) vom Jobcenter auf die Kommune

für weitere fünf Jahre – 1.4.2019 bis 31.5.2024

Vorlage: 50/1388/2019

- 7 Vergabeangelegenheiten
- 7.1 Sanierung der Straßenbeleuchtung;

Vergabeangelegenheit Vorlage: 60/1401/2019

7.2 Neubau der viergruppigen Kindertagesstätte in der Gabelsbergerstraße;

Vergabe der Planungsleistungen der Freianlagen (Leistungsphase 1-4)

Vorlage: 60/1405/2019

7.3 Straßen- und Verkehrswesen;

K 1 - Bliestalstraße, Bestandsausbau, Ausbaulänge 2,325 km

Vorlage: 84/1402/2019

7.4 Straßen- und Verkehrswesen:

Bestandsausbau der Hofenfelsstraße;

hier: Straßenbeleuchtung Vorlage: 84/1414/2019

8 Einführung eines Budgets für die weiterführenden Schulen der Stadt;

Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1406/2019

9 Information des Stadtrates über Maßnahmen der Planung und Erschließung neuer Bauplätze aus städtischer Hand;

Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1407/2019

Schaffung eines Gedenktages an die Zerstörung der Stadt Zweibrücken im Jahr 1945 als städtische Veranstaltung;

Antrag der Fraktion der FDP

Vorlage: 10/1411/2019

Anpassung der Parkgebühren an die Nachbarstädte;

Antrag der Fraktion der FDP

Vorlage: 10/1412/2019

12 Anfragen von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 7 (7.1 bis 7.4) vorzuziehen. Der Stadtrat stimmt dem einstimmig zu.

Weiterhin unterrichtet Herr Dr. Dormann (Kämmerei) den Stadtrat gemäß § 21 GemHVO über den Eingang der Haushaltsgenehmigung und die zugehörigen Auflagen der Aufsichtsund Dienstleistungsdirektion (ADD). Aufgrund der finanziellen Überschuldung fordere die ADD die Stadt zu strikter Ausgabenreduzierung und Einnahmenerhöhung auf. Die ADD fordere dann unter anderem die Erhöhung der Grundsteuer B auf den Hebesatz von 450 Punkten. Außerdem werde in der Verwaltung eine Haushaltssperre in Höhe von 20 % der Sachausgaben verfügt.

Des Weiteren informiert er über die Fertigstellung des Jahresabschlusses 2017. Dieser schließe mit einem Überschuss von 0,7 Mio. € ab.

Über die Jahresabschlüsse 2011 bis 2017 werde der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner nächsten Sitzung beraten.

Punkt 1: Benennung von Mitgliedern für den Beirat bei der

(öffentlich) Justizvollzugsanstalt Zweibrücken

Vorlage: 10/1408/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat benennt als Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken folgende Personen:

- 1. Herr Ed Kooren
- 2. Herr Gerhard Maurer
- 3. Frau Elisabeth Metzger
- 4. Herr Matthias Nunold
- 5. Herr Michael Molter
- 6. Herr Karl-Heinz Weinberg
- 7. Frau Birgit Heintz.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.2.1

<u>Punkt 2:</u> Änderung der Satzung über den Kostenersatz und die (öffentlich) Gebührenerhebung für Hilfs- und Dienstleistungen der

Freiwilligen Feuerwehr Vorlage: 32/1384/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der anliegende Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 18.12.2017, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 32 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil. Ratsmitglied Kaiser war zur Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

Amt 30

Punkt 3: Schulangelegenheit:

(öffentlich) Antrag der Canadaschule auf Errichtung einer Ganztagsschule in

Angebotsform

Vorlage: 40/1368/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Auf Nachfrage erläutert Herr Deller, Schulamt, dass die Räumlichkeiten z.B. für das Mittagessen vorhanden seien. Der Vorsitzende ergänzt, Ziel sei es die Nachfrage für die Ganztagsschule zu generieren.

Die Errichtung einer Ganztagsschule in Angebotsform wird seitens der Ratsmitglieder befürwortet.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Errichtung einer Ganztagsschule in Angebotsform ab dem Schuljahr 2020/2021 an der Canada-Schule Zweibrücken wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Punkt 4: Gemeinsamer Schulentwicklungsplan der Städte Pirmasens und (öffentlich) Zweibrücken und des Landkreises Südwestpfalz

Vorlage: 40/1367/2019/1

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Herr Krämer-Mandeau von der Firma *biregio*, stellt anhand einer Präsentation die Planungen eines gemeinsamen Schulentwicklungsplanes vor. Ratsmitglied Rimbrecht äußert Bedenken, dass die Bildungsgänge durch einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan von Zweibrücken in den Landkreis verlagert werden. Die Anzahl der Schulen in den drei Gebietskörperschaften sei sehr unterschiedlich, wodurch die Drittelung der Kosten der Verwaltung für Zweibrücken nachteilig sei. Die SPD-Fraktion fühle sich durch die Verwaltung schlecht informiert.

Die bisherigen Schulentwicklungspläne der Verwaltung seien gut erstellt und könnten mit städtischem Personal weitergeführt werden.

Der Vorsitzende verweist auf die ausführliche Beratung im Schulträgerausschuss zur Vergabe. Die Aufstellung sei mit eigenen Kräften nicht möglich.

Es schließt sich eine längere Diskussion zur Notwendigkeit eines gemeinsamen Schulentwicklungsplanes zu einer Grundvergabe der Planungsleistungen an.

Der Vorsitzende ruft Ratsmitglied Rimbrecht dreimal zur Sache gemäß § 25 Abs. 2 GeschO auf

und weist ihn darauf hin, ihm das Wort zu entziehen. Anschließend entzieht Bürgermeister Gauf Ratsmitglied Rimbrecht das Wort.

Ratsmitglied Dr. Gensch wird im Rahmen seiner Wortmeldung zweimal zur Sache aufgerufen. Ratsmitglied Gries beantragt nach der GeschO "Schluss der Debatte". Die Ratsmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu. Die Ratsmitglieder, die sich bis dahin gemeldet haben, wird Gelegenheit zur Aussprache gegeben.

Der Stadtrat fasst mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Kooperation zur Erstellung und Fortschreibung der Schulentwicklungspläne der Stadt Zweibrücken, der Stadt Pirmasens und dem Landkreis Südwestpfalz und der gemeinsamen Beauftragung der Fa. Projektgruppe Bildung und Region – biregio - aus Bonn wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 22 |
|-------------|----|
| Nein: | 3 |
| Enthaltung: | 8 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler: Amt 40

Punkt 5: Einrichtung eines Arbeitskreises "Umsetzung der

(öffentlich) Digitalisierungsoffensive''

Vorlage: 40/1413/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Es wird darum gebeten, der Arbeitskreis solle schnell und effektiv arbeiten, damit die Anträge schnell die zuständige Stelle erreichen.

Ratsmitglied Moulin regt an, bei der Zusammensetzung des Arbeitskreises auch die Zweibrücker Hochschule mit zu involvieren.

Eine Auftaktveranstaltung solle nach den Osterferien stattfinden.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Unter Abwandlung des Arbeitstitels in "Arbeitskreis zur Umsetzung der Digitalisierungsoffensive" wird dem Antrag der Fraktion der CDU zugestimmt: Es erfolgt die Durchführung einer Auftaktveranstaltung nach den Osterferien, zu der alle vorgesehenen Teilnehmer des Arbeitskreises eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Punkt 6: Rückübertragung der Wahrnehmung der Aufgaben gem. §§ 28, 29

(öffentlich) SGB II

(Bildungs- und Teilhabepaket exklusive Schulbedarf) vom

Jobcenter auf die Kommune

für weitere fünf Jahre – 1.4.2019 bis 31.5.2024

Vorlage: 50/1388/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Rückübertragung der Aufgaben nach §§ 28,29 SGB II wird um weitere fünf Jahre, d.h. bis 31.03.2024, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates rückwirkend zum 01.04.2019 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 32 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil. Ratsmitglied Burkei war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

Punkt 7: Vergabeangelegenheiten

(öffentlich)

Punkt 7.1: Sanierung der Straßenbeleuchtung;

(öffentlich) Vergabeangelegenheit

Vorlage: 60/1401/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Schuhmacher, Stadtwerke, erläutert, dass es nur einen Bieter zu dem Maßnahmenpaket gebe, die Preise aber geprüft und im Rahmen liegen.

Ratsmitglied Dirk Schneider möchte wissen, warum im Bereich der Kesselbachstraße zwei Lampen sehr dicht beieinander stehen. Herr Schuhmacher, Stadtwerke erklärt, dass zuerst ein Ausleger geplant war. Man habe dann gemerkt, dass die Bäume zu viel Schatten verursacht hätten, somit hätte man einen extrem langen Ausleger benötigt.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Auftrag zum Ausbau der Straßenbeleuchtungsanlagen und die Umstellung von HQL-Technik auf LED-Technik wird an die Firma SPIE SAG GmbH, Raiffeisenstr. 21, 66849 Landstuhl vergeben.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 32 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 30

Amt 60

Stadtwerke

Punkt 7.2: Neubau der viergruppigen Kindertagesstätte in der

(öffentlich) Gabelsbergerstraße;

Vergabe der Planungsleistungen der Freianlagen (Leistungsphase

1-4)

Vorlage: 60/1405/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Mit den Planungen des Gebäudes sei man sehr weit vorangekommen. Für die Außenanlage habe man ein größeres, mit Erfahrungen bei Freianlagen Ingenieurbüro ausgesucht.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die fachplanerischen Leistungen der Freianlagen (Leistungsphase 1-4) für den Neubau der viergruppigen Kindertagesstätte in der Gabelsbergerstraße werden an das Ingenieurbüro Dutt & Kist GmbH, Europaallee 27 b, 66113 Saarbrücken vergeben.

Das Honorar für die zu erbringende Leistung beträgt nach HOAI 26.395,62 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 30 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 2 |

An der Abstimmung nahmen 32 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 30

Punkt 7.3: Straßen- und Verkehrswesen;

(öffentlich) K 1 - Bliestalstraße, Bestandsausbau, Ausbaulänge 2,325 km

Vorlage: 84/1402/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Auftragserteilung zum Bestandsausbau der K1 an die Firma Backes Bauunternehmung AG & Co.KG, Gewerbegebiet Hanacker 10, 66636 Tholey, zum Brutto Angebotspreis von **366.206,15** € zu.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 30

Amt 60

UBZ

Punkt 7.4: Straßen- und Verkehrswesen;

(öffentlich) Bestandsausbau der Hofenfelsstraße;

hier: Straßenbeleuchtung Vorlage: 84/1414/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Auftragserteilung für die Straßenbeleuchtungsarbeiten in der Hofenfelsstraße an die Firma SPIE SAG GmbH, Raiffeisenstr. 21, 66849 Landstuhl zum Brutto Angebotspreis von 54.364,72 € zu.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

Amt 30

Amt 60

UBZ

Punkt 8: Einführung eines Budgets für die weiterführenden Schulen der

(öffentlich) Stadt;

Antrag der Fraktion der SPD

Vorlage: 10/1406/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Rimbrecht erläutert den Antrag für die SPD-Fraktion und ergänzt, dass sich die Einführung des Budgets auf alle Schulen beziehen soll.

Schulen sollten über die Verwendung der Ausgaben durch die Einführung des Budgets künftig selbst entscheiden.

Ratsmitglied Dr. Gensch betont, dass hierbei aber die Rechtssicherheit bei der Verwendung der städtischen Gelder gegeben sein soll und das Verfahren für die Schulen so einfach wie möglich gehalten werden soll.

Ratsmitglied Rauch weist darauf hin, dass die Digitalpaktmittel nur von der Stadt beantragt werden können und nicht von den Schulen selbst. Diese haben nichts mit den zuvor genannten schulischen Budgets zu tun.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag zur Einführung eines Budgets für die Schulen der Stadt Zweibrücken wird zur weiteren Beratung in eine gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Schulträgerausschusses verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 33 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Punkt 9: Information des Stadtrates über Maßnahmen der Planung und

(öffentlich) Erschließung neuer Bauplätze aus städtischer Hand;

Antrag der Fraktion der CDU

Vorlage: 10/1407/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Gensch trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor, mit der Bitte um Information über Maßnahmen der Planung und Erschließung neuer Bauplätze aus städtischer Hand.

Ratsmitglied Gries fragt, ob überhaupt ein neues großes Baugebiet notwendig ist, da im Stadtgebiet noch genügend Möglichkeiten seien.

Der Beigeordnete Pirmann empfehlt das Thema im Bau- und Umweltausschuss zu behandeln.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zur weiteren Beratung in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 31 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 31 Mitglieder teil. Ratsmitglied Dirk Schneider war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:

Amt 10.1.1

Punkt 10: Schaffung eines Gedenktages an die Zerstörung der Stadt (öffentlich) Zweibrücken im Jahr 1945 als städtische Veranstaltung;

Zweibrücken im Jahr 1945 als städtische Veranstaltung; Antrag der Fraktion der FDP

Vorlage: 10/1411/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Kaiser trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor, dass der 14. März zum Gedenken an die Zerstörung der Stadt im Jahr 1945 künftig eine städtische Veranstaltung werden soll. Die Planung und Organisation soll dem Kulturamt zugewiesen werden.

Ratsmitglied Kaiser beantragt, die weitere Vorgehensweise im Haupt- und Personalausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Schüler stellt den Antrag auf Ende der Beratung. Der Stadtrat stimmt dem Antrag zu.

Laut Ratsmitglied Dr. Gensch sei es der falsche Weg, den Begriff "Gedenktag" nicht zu verwenden, nur weil er auch von anderen Gruppen genutzt wird.

Ratsmitglied Kaiser meint, dass es ausdrücklich gewünscht sei, dass andere Institutionen an dem Gedenktag mitarbeiten sollen.

Ratsmitglied Dettweiler merkt an, die Veranstaltung solle künftig von der Stadtspitze geführt werden und die Rednerliste entsprechend aufgestellt werden.

Nach Aussprache fasst der Stadtrat mehrheitlich folgenden Beschluss

Beschluss:

Der Antrag zur Schaffung eines Gedenktages an die Zerstörung der Stadt Zweibrücken im Jahr 1945 als städtische Veranstaltung wird zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 16 |
|-------------|----|
| Nein: | 12 |
| Enthaltung: | 2 |

An der Abstimmung nahmen 30 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Punkt 11: Anpassung der Parkgebühren an die Nachbarstädte;

(öffentlich) Antrag der Fraktion der FDP

Vorlage: 10/1412/2019

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ratsmitglied Kaiser trägt den Antrag der FDP-Fraktion vor. Sie bittet um Prüfung des Konzeptes aus dem Jahr 2003 zur Anpassung der Parkgebühren an die Nachbarstädte. Diese seien im Schnitt alle günstiger.

Ratsmitglied Burkei bittet um Prüfung, ob man nochmal über die Einführung einer "Brötchentaste" für Kurzzeitparker nachdenken könne.

Ratsmitglied Rauch regt an, wie die Stadt Pirmasens, eine App einzuführen, in der man die Möglichkeit hat, digital Parkscheine zu lösen bzw. zu verlängern.

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag zur Anpassung der Parkgebühren an die Nachbarstädte bzw. der Überarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes wird an den Haupt- und Personalausschuss unter Einbindung mit den Stadtwerken verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

| Ja: | 29 |
|-------------|----|
| Nein: | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

An der Abstimmung nahmen 29 Mitglieder teil.

Verteiler:

10.1.1

Stadtwerke

Punkt 12: Anfragen von Ratsmitgliedern (öffentlich)

1. Anfragen von Ratsmitglied Dirk Schneider

Sonnenstrom / Dienstfahrzeug

Frage 1:

Sind sie bereit zu prüfen, ob eine Photovoltaik Überdachung der PKW Stellplätze und die Anschaffung eines Batteriespeichers beim UBZ Parkplatz und am Rathaus (Parkhaus der Stadtwerke und am Parkplatz Uhlandstraße) ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll ausbaubar ist?

Frage 2:

Ist es noch möglich den Audi A 4 Diesel kostengünstig abzubestellen?

Frage 3:

- a) Wären Sie bereit den E-Klasse OB-Mercedes bald gegen einen voll elektrischen Hyundai zu tauschen?
- b) Welche Effizienzklasse hatte der Mercedes S-Klasse von Kurt Pirmann?
- c) Welche Effizienzklasse hat die E-Klasse des OB jetzt?

Frage 4:

Können Sie mir eine Tabelle liefern, die alle 12 städtischen Sonnenstrom Anlagen der Stadt detailliert mit folgenden Daten aufführt. Das jeweilige Inbetriebnahme-Datum der Anlage, der kW - Preis der Anlage bei der Anschaffung, der noch aktuelle Vergütungssatz des Stromes der Anlage und die addierten Jahresstromerträge der jeweiligen Anlage bis 2018, sowie das Enddatum der Vergütung.

Frage 4:

Hat schon ein Zweibrücker OB vor Dr. Wosnitza mehr und schneller 180 kW- Dach Sonnenstromanlagen gebaut?

Frage 5:

Werden Sie neue Mieterstromprojekte in Zweibrücken anregen und fördern?

Antwort der Verwaltung:

Die Antworten erfolgen schriftlich.

2. Anfragen von Ratsmitglied Burkei

2.1 Radweg Flugplatz-Rimschweiler

Ratsmitglied Burkei möchte wissen, wann die Gefahrenstellen (viele tiefe Schlaglöcher) auf dem Radweg zum Flugplatz beseitigt werden.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

2.2 Rimschweiler 17

Ratsmitglied Burkei möchte wissen, warum die Holsteinstraße und die Schwabenstraße in Rimschweiler durch eine Art Barriere voneinander getrennt werden sollen und ob das nicht ein unnötiger Aufwand für Müllabfuhr, Post, Paktetdienste etc. bedeutet.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

2.3 Gewerbe in der Parkbrauerei

Ratsmitglied Burkei möchte wissen, warum man sich weigert, aus dem "Landwirtschaftsgebiet" ein "Mischgebiet" zu machen, in dem Gewerbetreibende sowohl wohnen als auch arbeiten und ob diese bescheidenen Steuereinnahmen es nicht wert sind, sich für das Handwerk einzusetzen.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

3. Anfrage von Ratsmitglied Moulin

30-er Zone der John-F.-Kennedy-Straße

Ratsmitglied Moulin merkt an, dass im Bereich der 30-er Zone in der John-F.-Kennedy-Straße Nähe der Kita und der Grundschule zu schnell gefahren wird. Er bittet um Prüfung einer zusätzlichen Beschilderung (Hinweis auf Kinder), mobile Messtafeln bzw. Geschwindigkeitskontrollen etc.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, dies an die Ordnungsbehörde weiterzuleiten.

4. Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann

Radwegekonzept

Ratsmitglied Dr. Pohlmann bittet um Sachstandsmitteilung unter Bezugnahme der Haushaltsberatungen vom November 2018 zur Erstellung des Radwegekonzeptes.

Antwort der Verwaltung:

Die Antwort erfolgt schriftlich.

5. Anfrage von Ratsmitglied Schmidt-Wilhelm

Wahlen

Ratsmitglied Schmidt-Wilhelm möchte wissen, ob die Verwaltung gewährleisten könne, dass im Hinblick auf den Gesetzesentwurf der Landesregierung, dass Personen, die unter Betreuung stehen, wählen können. Weiterhin möchte sie wissen, wie viele Personen in Zweibrücken davon betroffen sind.

Antwort der Verwaltung:

Herr Eschmann antwortet, dass sich diese Änderung nur auf die Kommunalwahl bezieht und nicht auf die Europawahl. Wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird für die betroffenen Personen die Wahlberechtigung für die Kommunalwahl erteilt und diese werden ins Wählerverzeichnis aufgenommen. Betroffen sind zwischen 50 und 100 Personen.

6. Anregung von Ratsmitglied Gries

Ratsmitglied Gries bitten den Arbeitskreis und die Verantwortlichen des Schulträgerausschusses im Rahmen der Digitalisierung darum, zum Wohle der Schülerinnen und Schüler sich zu engagieren, damit diese schreiben, lesen und das kleine Einmaleins auch schriftlich auf Papier hinbekommen.

Antwort der Verwaltung:

Anregung ohne Beantwortung.

| Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anw um 20:17 Uhr. | esenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung |
|---|--|
| Der Vorsitzende | Die Schriftführer |
| Christian Gauf Bürgermeister | Jörg Eschmann |
| | Natascha Weick |